

FRAGEN UND ANTWORTEN ZUR MENSCHENRECHTSKRISE IN VENEZUELA

WAS PASSIERT IN VENEZUELA?

Venezuela befindet sich in einer schweren Menschenrechtskrise. Die massiven Verstöße zeigen sich in der sinkenden Lebensqualität, im fehlenden Zugang zu den Rechten auf angemessene Ernährung und Gesundheit, in der mangelnden Rechtssicherheit und in der persönlichen Unsicherheit, sowie durch institutionelle Gewalt und in der Unterdrückung von Protesten. Vor diesem Hintergrund haben sich die Migrationsströme in andere Länder deutlich erhöht.

Dazu einige Fakten, die dies verdeutlichen:

* Nach Angaben der venezolanischen Beobachtungsstelle für soziale Konflikte (Venezuelan Observatory of Social Conflict) gab es 2018 im ganzen Land 12.715 Proteste.

* Es wird geschätzt, dass 3 Millionen Menschen ausgewandert sind, um gezwungenermaßen internationalen Schutz zu suchen. Nach Angaben verschiedener Quellen, darunter der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge (UNHCR), gab es 2017 und 2018 den höchsten Migrationsstand.

* Der offizielle Mindestlohn in Venezuela beträgt 6 US-Dollar pro Monat.

* Die Inflation in Venezuela lag nach Aussage der Nationalversammlung 2018 bei 1.698.4882%. Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt, dass im Jahr 2019 die jährliche Inflationsrate 10.000.000% erreichen wird.

Amnesty International beobachtet seit vielen Jahren die Menschenrechtssituation in Venezuela. Insbesondere hat sie die Auswirkungen der institutionellen Krise auf die Menschenrechte festgestellt. Sie ist ein Ergebnis der Konfrontation zwischen verschiedenen politischen Institutionen des Staates seit 2017. Die aktuelle Situation gibt dies deutlich wieder.

* Im März 2017 übernahm der Oberste Gerichtshof die Befugnisse der Nationalversammlung, in der die Opposition über eine Mehrheit verfügt. Dies löste Proteste aus, die von der Regierung von Nicolás Maduro bei vielen Gelegenheiten durch unrechtmäßige und unverhältnismäßige Anwendung von Gewalt unterdrückt wurden. Zwischen April und Juli 2017 waren mehr als 120 Personen getötet und rund 2.000 verletzt worden; mehr als 5.000 Menschen wurden inhaftiert.

* Amnesty International veröffentlichte zwei Berichte, 'Silenced by force' und 'Nights of Terror', welche die Menschenrechtsverletzungen beschreiben, die während dieses Zeitraums begangen wurden.

* Während der Proteste, die zwischen April und August 2017 stattfanden, hat die damalige Generalstaatsanwältin mehrfach die begangenen Menschenrechtsverletzungen verurteilt und Listen sowie Beweise für diese Verstöße veröffentlicht. Im August 2017 wurde sie von der verfassungsgebenden Nationalversammlung und vom Obersten Gerichtshof entlassen. Darauf folgende Bedrohungen veranlassten sie Venezuela zu verlassen und ins Exil zu gehen.

Am 22. und 23. Januar 2019 gab es im ganzen Land zahlreiche, vom Präsidenten der Nationalversammlung, Juan Guaidó, ausgerufene Massenproteste gegen die Regierung von Nicolás Maduro, insbesondere in den Gebieten der Arbeiterklasse, in denen sich bewaffnete, die Regierung von Nicolás Maduro unterstützende Gruppen konzentrieren. Der venezolanische Staat reagierte mit dem Einsatz einer bewaffneten taktischen Polizei. Bei diesen Operationen wurden Vorwürfe wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen laut, die Amnesty International derzeit untersucht.

WIE STEHT AMNESTY INTERNATIONAL ZUR INSTITUTIONELLEN KONTROVERSE IN VENEZUELA? WEN HÄLT AI FÜR DEN LEGITIMEN PRÄSIDENTEN VON VENEZUELA?

Das Mandat von Amnesty International ist der Schutz und die Verteidigung der Menschenrechte. Die Arbeitsschwerpunkte sind die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen, sowie dafür zu sorgen, dass die Rechte aller Opfer von Menschenrechtsverletzungen auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung durchgesetzt werden, indem man von den Staaten verlangt, dass sie ihren Verpflichtungen gemäß internationalem Recht nachkommen.

Der Schwerpunkt Amnesty Internationals bei ihrer Arbeit in Venezuela ist dabei die Dokumentation der Auswirkungen der institutionellen, politischen und wirtschaftlichen Krise auf die Menschenrechte sowohl innerhalb als auch außerhalb Venezuelas. Denn eine klare Folge der Krise ist die Massenflucht von Venezolanern gewesen, die unter anderem wegen des fehlenden Zugangs zu ihrem Recht auf angemessene Unterstützung durch Lebensmittel, Gesundheit und Sicherheit verzweifelt geflohen sind.

Amnesty International hat keine Position zur Legitimität oder Legalität nationaler Wahlen, oder zu jeder anderen Frage mit politisch-wahlrechtlichem Charakter, die die Ursache der institutionellen Krise ist. Es ist nicht die Aufgabe von Amnesty International, Regierungen anzuerkennen oder nicht anzuerkennen. Im Gegenteil, die Organisation fordert alle Behörden auf, ihren Verpflichtungen zur Achtung und zum Schutz der Menschenrechte nachzukommen.

Amnesty International ist eine unparteiische Organisation. Sie ergreift keine Position für oder gegen politische Führungskräfte, Regierungen, politische oder religiöse Ideologien oder Fraktionen innerhalb von Regierungen. Die Organisation (AI) erkennt an, dass das venezolanische Volk das Recht hat, seine Regierung selbst zu wählen.

Die Tatsache, dass Amnesty International unparteiisch ist, bedeutet jedoch nicht, dass sie (AI) neutral ist. Sie wird immer auf der Seite der Opfer von Menschenrechtsverletzungen stehen, so wie etwa von denen, die wir in den letzten Jahren in Venezuela unterstützt haben, welche Gegenstand schwerer Übergriffe durch Amtsträger der Regierung von Nicolás Maduro gewesen sind.

WARUM HAT AMNESTY INTERNATIONAL NICHT DEN "COUP D'ÉTAT" GEGEN DIE REGIERUNG VON NICOLÁS MADURO VERURTEILT? ODER WARUM HAT AMNESTY INTERNATIONAL NICOLÁS MADUROS ÜBERNAHME DER PRÄSIDENTSCHAFT NICHT ANGEPRANGERT ?

Amnesty International hat die Auswirkungen der institutionellen Krise auf die Menschenrechte in Venezuela beobachtet, um die schweren Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und zu bekämpfen.

Es gehört nicht zu Amnesty Internationals Aufgaben, die Legitimität oder Rechtmäßigkeit einer Regierung zu kommentieren oder Partei zu ergreifen, das gilt auch für Anschuldigungen wegen Staatsstreichen oder Machtergreifungen von Präsidenten.

Amnesty International ist eine unabhängige Organisation und hat sich nicht zur Rechtmäßigkeit oder Illegalität der verschiedenen Ereignisse geäußert, die die institutionelle Krise in Venezuela verschärft haben.

So hat Amnesty International beispielsweise keine Stellungnahme zur Beschwerde der Justizministerin abgegeben, dass es einen Verstoß gegen die verfassungsmäßige Ordnung [ruptura

del orden constitucional"] gegeben habe, der auf die Urteile 155 und 156 des Obersten Gerichtshofs im Jahr 2017 zurückzuführen sei, noch hat sie eine Erklärung zur Bildung der Nationalen Verfassungsgebenden Versammlung im Jahr 2017 oder zu den Wahlen 2018 abgegeben.

Amnesty International ist der Ansicht, dass unabhängig vom aktuellen politischen Streit in Venezuela alle Behörden dazu verpflichtet sind, die Menschenrechte zu achten und zu schützen. Dazu gehört auch das Recht der Bürger auf echte und ordentliche Wahlen, die in allgemeiner, gleicher und geheimer Abstimmung stattfinden, welche die freie Meinungsäußerung ihres Willens garantiert.

Dazu gehört auch das Recht jeder Person, friedlich zu demonstrieren, um von den Führern Rechenschaft oder Änderungen in der öffentlichen Politik zu fordern, sowie ihre Unterstützung für oder ihren Widerstand gegen die Regierung zu demonstrieren und zum Ausdruck zu bringen.

WELCHE MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN WURDEN NACH ANSICHT VON AMNESTY INTERNATIONAL IN DEN LETZTEN WOCHEN (JAN 2019) IM ZUSAMMENHANG MIT DER INSTITUTIONELLEN KRISE BEGANGEN?

Amnesty International überprüft die Informationen, die sie über Menschenrechtsverletzungen in den letzten Wochen und vor allem seit dem 21. Januar erhalten hat. Es gab zahlreiche Berichte über Menschenrechtsverstöße im Zusammenhang mit den seither ausgebrochenen sozialen Protesten, insbesondere durch die im Zusammenhang mit den von der Opposition in den Gebieten der Arbeiterklasse ausgerufenen Massendemonstrationen.

So wurden nach Angaben der venezolanischen Organisation Foro Penal zwischen dem 21. und 31. Januar 988 Menschen willkürlich festgenommen, von denen am 6. Februar 2019 immer noch 741 inhaftiert waren. Darunter waren 137 Kinder und Jugendliche, von denen 10 noch inhaftiert sind. Allein am 23. Januar, dem Tag der von der Opposition ausgerufenen Massendemonstration, gab es laut Foro Penal 770 willkürliche Verhaftungen. Zusammen mit den von Foro Penal berichteten willkürlichen Verhaftungen beträgt die geschätzte Anzahl von Personen, die derzeit aus politischen Gründen inhaftiert sind, 942.

Mehrere venezolanische zivilgesellschaftliche Organisationen haben berichtet, dass 40 Menschen im Zusammenhang mit den Protesten zu Tode kamen. Neben anderen schweren Menschenrechtsverletzungen gibt es außerdem Vorwürfe wegen Folter und anderen Misshandlungen an diesen willkürlich Inhaftierten, darunter Jugendlichen und Kindern.

Dies scheint eine Fortsetzung der seit Jahren von den Behörden unter der Führung von Nicolás Maduro stattfindenden systematischen Repressionspolitik in Venezuela zu sein, wie sie seit einiger Zeit von Amnesty International dokumentiert wird. Allerdings hat AI mit Sorge bestimmte Muster festgestellt, die auf eine Intensivierung dieser Politik der Unterdrückung im derzeitigen Kontext hindeuten. Amnesty International untersucht dies derzeit.

Es gab auch Berichte über Verstöße gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung, darunter 19 Fälle in- und ausländischer Medienschaffender, die willkürlich inhaftiert bzw. aus dem Land vertrieben wurden.

WAS HAT AMNESTY INTERNATIONAL ÜBER DIE BISHERIGE KRISE GESAGT?

Amnesty International hat Erklärungen veröffentlicht, in denen ein Ende der willkürlichen Verhaftungen gefordert wird, und hat insbesondere die Inhaftierung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Proteste verurteilt. Amnesty hat auch die Freilassung der inhaftierten Journalisten gefordert sowie die

Garantie für ihr Recht auf freie Meinungsäußerung. Schließlich hat AI dazu aufgerufen, die Anwendung unnötiger und übermäßiger Gewalt gegen Menschen, die friedlich demonstrieren, zu beenden, und hat insbesondere die Tötungen, die in diesem Zusammenhang begangen wurden, verurteilt. AI forderte die staatlichen Behörden auf, das Recht aller auf freie Meinungsäußerung und friedlichen Protest zu schützen und zu respektieren.

WAS IST DIE MEINUNG VON AMNESTY INTERNATIONAL ZU DEN SANKTIONEN, DIE VON DER US-REGIERUNG GEGEN VENEZUELA VERHÄNGT WURDEN?

Am 28. Januar kündigte die US-Regierung neue Maßnahmen für das venezolanische staatliche Ölunternehmen (PDVSA) an, die den Export von venezolanischem Rohöl in die USA verhindern und US-Lieferanten vom Verkauf der raffinierten Produkte, die Venezuela zur Verarbeitung seines schweren Rohöls benötigt, abhalten sollte. In Anbetracht der Tatsache, dass die venezolanische Wirtschaft stark von Ölexporten abhängig ist und dass die USA einer der wichtigsten Handelspartner Venezuelas sind, könnten diese Maßnahmen schwer wiegende Auswirkungen auf die Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte haben.

Amnesty International erinnert die US-Regierung daran, dass, unabhängig von den Umständen, Sanktionen stets in vollem Umfang berücksichtigen müssen, welche Auswirkungen sie auf die Wahrnehmung der Menschenrechte haben werden, besonders unter den am stärksten gefährdeten Gruppen der Gesellschaft. Die Sanktionen sollten zielgerichtet sein, mit spezifischen Maßnahmen und einem klaren Zeitplan. Ihre Wirksamkeit und die humanitären Auswirkungen müssen überwacht werden.

Als Reaktion auf diese Sanktionen und andere Sanktionen gegen Funktionäre äußerte Amnesty International seine tiefe Besorgnis über die kritische Situation der Verletzung des Rechts auf Nahrung und Gesundheit im Land, auf welche die venezolanischen Behörden nicht angemessen reagiert haben. Im Gegenteil, die Weigerung der venezolanischen Behörden, die schwere Krise der Nahrungsmittel- und Medikamentenknappheit sowie die allgemeine Verschlechterung der Gesundheitsversorgung des Landes und der Lebensmittel als Versorgungskrise anzuerkennen, stellt die Bereitschaft des venezolanischen Staates in Frage, seinen Verpflichtungen nachzukommen und Mindestbedingungen für den Zugang zu diesen Rechten für alle ohne jegliche Diskriminierung zu gewährleisten.

Es ist auch wichtig zu betonen, dass die Verhängung von Sanktionen in keiner Weise zu einer Verweigerung oder Verminderung der einschlägigen (entsprechenden) Verpflichtungen des venezolanischen Staates führt, alle denkbaren Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich Verhandlungen mit der internationalen Gemeinschaft, um eine internationale Zusammenarbeit zu erreichen (manchmal als humanitäre Hilfe bezeichnet), um die negativen Auswirkungen auf die Rechte der gefährdeten Gruppen in der Gesellschaft zu minimieren.

WIE BEURTEILT AMNESTY INTERNATIONAL DIE MÖGLICHKEIT EINER MILITÄRISCHEN INTERVENTION IN VENEZUELA DURCH ANDERE LÄNDER?

Die internationale Gemeinschaft ist verpflichtet, Vorschläge zu erarbeiten, um eine Eskalation des Konflikts in Venezuela zu verhindern, die Millionen von Flüchtlingen zu schützen, die gezwungen wurden, das Land zu verlassen, die verschiedenen nationalen Akteure bei der Schaffung der Bedingungen zu unterstützen, die die Gewährleistung der Menschenrechte ermöglichen, sicherzustellen, dass alle externen Maßnahmen nicht gegen die Grundsätze des Völkerrechts verstoßen, und weiteres Leiden oder Rechtsverletzungen im Land zu verhindern.

Bei jedem Handeln der internationalen Gemeinschaft sind die Grundsätze des Völkerrechts zu beachten und vor allem die Menschenrechte des venezolanischen Volkes in den Vordergrund zu stellen.

Ein verantwortungsbewusster Umgang mit der aktuellen Situation sollte sich auf die unverzügliche Sicherstellung der Rechte des venezolanischen Volkes konzentrieren, anstatt die Aufmerksamkeit auf eine mögliche militärische Intervention zu lenken. Insbesondere muss er sich mit der extremen Situation beim Zugang zu Lebensmitteln und medizinischer Versorgung befassen, die die Rechte von Hunderttausenden von Menschen in Venezuela gefährdet und eine beispiellose Anzahl von Venezuelanern zwingt, in andere Länder der Region abzuwandern.

WARUM FORDERT AMNESTY INTERNATIONAL VENEZUELA AUF, UM INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT ZU BITTEN (AUCH ALS HUMANITÄRE HILFE BEZEICHNET)?

Der venezolanische Staat hat die Pflicht, das Recht eines jeden auf den Genuss des höchstmöglichen Standards der körperlichen und geistigen Gesundheit, des Rechts auf Nahrung sowie auf andere wirtschaftliche und soziale Rechte zu garantieren und alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Verpflichtung nachzukommen, einschließlich eines Antrags auf internationale Zusammenarbeit.

Der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hat festgestellt, dass die Bereitstellung der pränatalen und postnatalen Gesundheitsversorgung, der Notfallversorgung und des Zugangs zu lebenswichtigen Medikamenten eine der wichtigsten Aufgaben und unabdingbare Verpflichtung jedes Staates ist.

Der Ausschuss hat erklärt, dass in Situationen, in denen ein Land diese Grundrechte nicht garantieren kann, der Staat nachweisen muss, dass alle möglichen Anstrengungen unternommen wurden, seinen Verpflichtungen sowohl mit den vorhandenen Ressourcen innerhalb des Landes als auch mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit und Unterstützung zur Verfügung gestellten Mittel nachgekommen zu sein.

Seit mehr als einem Jahrzehnt gibt es wenig Transparenz seitens des venezolanischen Staates bezüglich des Zugangs zu Informationen und über die Genauigkeit der amtlichen Statistiken.

Er hat Indikatoren für die menschliche Entwicklung und das Wohlergehen der Bevölkerung veröffentlicht, die nicht mit den Berichten unabhängiger Stellen übereinstimmen, die sich mit der Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte durch die Bevölkerung oder mit von Amnesty International überprüften Menschenrechtsverletzungen befassen.

Die internationale Zusammenarbeit und die Mittel zu ihrer Umsetzung müssen jedoch umfassend mit der Zivilgesellschaft transparent kommuniziert werden, um sicherzustellen, dass die Ressourcen ohne Diskriminierung verteilt werden und dass sie sich wirklich mit der Art und dem Ausmaß der Krise befassen. Darüber hinaus müssen für diese Art der Zusammenarbeit geeignete Mechanismen der Rechenschaftspflicht vorhanden sein.

ABER LAUT NICOLÁS MADURO / STAATLICHEN BEHÖRDEN GIBT ES KEINE ENGPÄSSE UND ES GIBT KEINEN BEDARF AN HUMANITÄRE HILFE.

Amnesty International hat die schwere Menschenrechtskrise und das breite Spektrum an massiven Verletzungen bürgerlicher, politischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Rechte dokumentiert.

Die Situation der Engpässe und der Knappheit ist nicht nur ein Besorgnis erregender Rückschritt der

Entwicklung des Landes, der bis vor wenigen Jahren erreichten Errungenschaften im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Rechte. Sie stellt wegen des Mangels an Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung auch eine ernsthafte Gefahr für das Recht auf Leben Tausender von Menschen in Venezuela dar. Das Ergebnis der vom Staat beschlossenen Maßnahmen ist eine Besorgnis erregende Reduzierung der Kaufkraft und der Löhne sowie der Verlust von Arbeitsrechten für Arbeitnehmer in Venezuela.

* Der offizielle Mindestlohn in Venezuela beträgt 6 US-Dollar pro Monat. Dies ist das Einkommen eines großen Teils der Bevölkerung (der von der Regierung festgelegte Mindestlohn beträgt 18.000 Bolivares soberanos (Bs. S.); Lebensmittelgutscheine belaufen sich auf Bs. S1,800; der offizielle Wechselkurs der Zentralbank von Venezuela beträgt Bs. S3.297 zu US\$1).

* Die Nationalversammlung schätzte die Inflationsrate für 2018 auf 702.521%. Der IWF schätzt, dass die jährliche Inflationsrate bis 2019 10.000.000% erreichen wird.

Unabhängige UN-Experten wie der Sonderberichterstatter für das Recht auf angemessene Wohnungen, der Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, der Sonderberichterstatter für das Recht auf Gesundheit und der Sonderberichterstatter für extreme Armut und Menschenrechte haben alle im Februar 2018 ihre Besorgnis über die alarmierenden, sich jeden Tag verschlechternden Lebensbedingungen zum Ausdruck gebracht.

Zusätzlich zu diesen unabhängigen UN-Experten haben das Büro des UNO-Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) und die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (IACHR) Erklärungen und Berichte dazu abgegeben und gefordert, dass die internationale Zusammenarbeit aktiviert werden soll.

Bislang hat die venezolanische Regierung die notwendigen Genehmigungen zur Einreise in das Land für alle diese Berichterstatter nicht erteilt.

In diesem Zusammenhang ist es beunruhigend, dass die Regierung von Nicolás Maduro weiterhin bestreitet, dass sich das Land in einer Menschenrechtskrise befindet, und darüber hinaus Schritte zur internationalen Zusammenarbeit, sowohl technischer als auch wirtschaftlicher Art, verweigert. Der Staat muss die Krise anerkennen und dringende und angemessene Maßnahmen zur Gewährleistung der Menschenrechte und am dringendsten der Rechte auf Gesundheit und Nahrung im Land ergreifen.

WAS IST DIE MEINUNG VON AMNESTY INTERNATIONAL ZU DER KÜRZLICH VON DER US-REGIERUNG ANGEGÜNDIGTEN "HUMANITÄREN HILFE"?

Amnesty International ist der Ansicht, dass das weit verbreitete Leid der Menschen in Venezuela nicht als Hebel in politischen Verhandlungen eingesetzt werden darf.

Sie ist nicht der Ansicht, dass die Hilfe als eine Art von Verhandlungsinstrument eingesetzt werden sollte, um politischen Druck auf Staaten auszuüben, auch wenn sie Menschenrechtsverletzungen begehen.

Amnesty International lehnt alle Bedingungen für internationale Hilfe und Zusammenarbeit ab, die zu Menschenrechtsverletzungen führen oder führen können. Alle Bedingungen müssen sorgfältig geprüft werden, um sicherzustellen, dass die Einhaltung dieser nicht zu Menschenrechtsverletzungen führt.

Amnesty International hat wiederholt die Krise der Menschen in Venezuela bezüglich der Rechte auf Gesundheit und Ernährung und andere wirtschaftliche und soziale Rechte angeprangert. Die mehr als 3 Millionen Venezolaner, die aus dem Land geflohen sind, haben erklärt, dass dies ihr Hauptgrund für die Flucht war. Amnesty International hat auch darauf hingewiesen, dass die venezolanischen Behörden verpflichtet sind, sich zu bemühen internationale Hilfe und Zusammenarbeit anzunehmen, und dass die willkürliche Weigerung, eine solche Hilfe anzunehmen, eine Verletzung ihrer internationalen Menschenrechtsverpflichtungen darstellt. Jede Unterstützung muss jedoch im Einklang mit dem Völkerrecht stehen.

Die Hauptverpflichtung zur Achtung, zum Schutz und zur Gewährleistung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (ESCR) liegt bei den Behörden. Allerdings sind die Staaten verpflichtet, internationale Unterstützung zu suchen und Zusammenarbeit (finanziell und/oder technisch, bilateral und/oder multilateral) zur Verwirklichung dieser Rechte anzustreben, insbesondere wenn dies zur Erfüllung der grundlegenden Mindestverpflichtungen eines Staates erforderlich ist, wie z.B. der Gewährleistung des erforderlichen Mindeststandards jedes Rechts für alle Menschen und ohne Diskriminierung. Beispielsweise müssen die Staaten im Rahmen des Rechts auf Gesundheit den Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten zur Notfallversorgung und zu pränataler und postnataler Betreuung gewährleisten. Das bedeutet, dass Staaten, die nicht die wesentlichen Mindestanforderungen der ESCR für ihre Bevölkerung garantieren können, internationale Unterstützung und Zusammenarbeit zu diesem Zweck anstreben müssen (und dies nicht willkürlich ablehnen dürfen).

Aus diesem Grund hat, wie viele nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen auch, Amnesty International die venezolanischen Behörden mehrfach aufgefordert, verschiedene Angebote der internationalen Zusammenarbeit (oder der humanitären Hilfe, wie andere Organisationen sie nennen,) anzunehmen. Die venezolanischen Behörden haben sich geweigert, das schwer wiegende Problem der Nahrungsmittel- und Medikamentenknappheit anzuerkennen, und haben in der Vergangenheit die von mehreren internationalen Akteuren angebotene Zusammenarbeit nicht akzeptiert.

Andererseits sind Staaten, die dazu in der Lage sind, verpflichtet, Unterstützung zu leisten, wenn nötig. Alle Staaten haben eine gegenseitige Verpflichtung, wenn sie an internationalen Veranstaltungen zur Unterstützung und Zusammenarbeit teilnehmen. Die Staaten müssen international zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass angemessene Unterstützung bereitgestellt wird. Sie sollten beispielsweise ihre Entwicklungshilfe in einem solchen Fall koordinieren, um sicherzustellen, dass Teile der Bevölkerung oder bestimmte Sektoren/Themen nicht vernachlässigt werden, wenn es um Maßnahmen geht, wesentliche Mindestanforderungen an die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gewährleisten, und dass andere Menschenrechte nicht gefährdet werden.

Staaten, die Hilfe leisten, müssen sicherstellen, dass die Menschenrechte geschützt werden, und müssen daher eine sorgfältige Prüfung durchführen, um sicherzustellen, dass keine Entwicklungshilfe, an der sie beteiligt sind, zu Menschenrechtsverletzungen führt. Sie müssen auch Transparenz und Zugang zu vollständigen Informationen gewährleisten über Zweck, Herkunft, Betrag und Bedingungen der Entwicklungshilfe und deren Verwendung überwachen und verbuchen. Mehrere Agenturen können eine Rolle bei der Überwachung und Rechenschaftspflicht spielen, einschließlich parlamentarischer Gremien, nationaler Menschenrechtsinstitutionen und UN-Menschenrechtsmechanismen. Diese Transparenz ist auch notwendig, um wirksame Mechanismen zur Bekämpfung der Korruption zu gewährleisten.

UNTERSTÜTZT ODER LEHNT AMNESTY INTERNATIONAL DIE EINFUHR HUMANITÄRER HILFE IN DAS LAND AB, DIE VON DER US-REGIERUNG KOORDINIERT WIRD?

Amnesty International bekräftigt seinen Aufruf an die internationale Gemeinschaft, Zusammenarbeit und Hilfe als Ganzes und in koordinierter Weise anzubieten, um die schwere Wirtschaftskrise und die Krise der sozialen Rechte in Venezuela zu lösen.

Amnesty International ist der Ansicht, dass es viele Formen gibt, die auf internationaler Ebene angewendet werden könnten, unter Berücksichtigung des venezolanischen Kontextes und des Umfangs des Problems. Amnesty International appelliert an den UN-Generalsekretär Antonio Guterres und an die verschiedenen venezolanischen Behörden, unverzüglich einen Mechanismus der gemeinsamen und koordinierten Zusammenarbeit ins Leben zu rufen, der sich mit der ernststen Situation in Bezug auf das Recht auf Gesundheit und das Recht auf Nahrung sowie anderer sozialer Rechte befasst. Venezolanische und internationale zivilgesellschaftliche Organisationen mit einschlägigem Wissen, Erfahrung und Kapazitäten, sollten Teil dieses Mechanismus sein.

Im Hinblick auf das Recht auf Gesundheit unterstützt Amnesty International den Aufruf vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen, welche einen Mechanismus für die internationale Zusammenarbeit über Organisationen wie die Pan American Health Organization (PAHO) fordern. Die PAHO ist in Venezuela präsent und verfügt über anerkannte Erfahrung im Gesundheitsbereich und die Fähigkeit, sich mit anderen UN-Organisationen abzustimmen. Einer der derzeit diskutierten Vorschläge zielt darauf ab, rund 70 strategische Krankenhäuser zu stärken, die zusammen die Krankenhausversorgung für mehr als 80% der Bevölkerung abdecken.

Die internationale Zusammenarbeit und die Mittel zu ihrer Umsetzung müssen jedoch umfassend mit der Zivilgesellschaft transparent abgestimmt werden, um sicherzustellen, dass die Ressourcen ohne Diskriminierung verteilt werden und dass sie sich wirklich mit der Art und dem Ausmaß der Krise befassen. Darüber hinaus müssen die Mechanismen der Rechenschaftspflicht, die für diese Art der Zusammenarbeit geeignet sind, vorhanden sein.

AUF WELCHER GRUNDLAGE FORDERT AMNESTY INTERNATIONAL, DASS VENEZOLANER, DIE AUS DEM LAND FLIEHEN, ALS FLÜCHTLINGE ANERKANNT WERDEN?

Die Erklärung von Cartagena von 1984 ist ein regionales Instrument, welches unter anderem die Notwendigkeit, das Konzept des Flüchtlings zu erweitern, unter Berücksichtigung der bestehenden Situation in der Region und der Grundsätze der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte, anerkennt.

Die inländischen Gesetze von mehreren lateinamerikanischen Ländern, die über ein Asyl- und Flüchtlingsrecht verfügen, enthalten nicht nur die Elemente des Übereinkommens von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und seines Protokolls von 1967, sondern umfassen auch Bestimmungen, die Personen als Flüchtlinge anerkennen, die wegen ihres Lebens, ihrer Sicherheit oder Freiheit, weit verbreiteter Gewalt, ausländischer Aggression und interner Konflikte, massiver Verletzung der Menschenrechte oder anderer Umstände, die die öffentliche Ordnung ernsthaft gestört haben, aus ihren Ländern geflohen sind.

Amnesty International ist der Ansicht, dass diese Definition für Personen gelten sollte, die sich derzeit wegen der Menschenrechtskrise in Venezuela auf der Flucht befinden, und dass sie daher die Möglichkeit haben sollten, Zugang zu den Asylverfahren der einzelnen Länder zu erhalten.

Amnesty International sieht weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen in Venezuela, die das Leben, die Freiheit und die Sicherheit vieler Menschen gefährden.

Amnesty International hat Fälle von Menschen mit chronischen Krankheiten untersucht, die mangelnden Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten haben.

Im Zusammenhang mit den massiven Menschenrechtsverletzungen in Venezuela erfordern die Situationen, dass die Aufnahmeländer, unabhängig von ihrer nationalen Gesetzgebung, diese Fälle im Hinblick auf ihre Verpflichtungen zur Aufnahme prüfen und Schutzmechanismen gewährleisten, die den Grundsatz der Nichtzurückweisung angesichts der komplexen Menschenrechtskrise in Venezuela garantieren.

Amnesty International stützt sich bei dieser Aufforderung auf die jüngste Resolution der IACHR (2/18) über die erzwungene Migration der venezolanischen Bevölkerung, die Zusammenfassung der Schlussfolgerungen zur Interpretation der erweiterten Definition der Flüchtlinge in der Erklärung von Cartagena sowie der Beschlüsse der Kommissionen zur Bestimmung des Flüchtlingsstatus in anderen Ländern, in denen die Definition der Cartagena-Erklärung angewendet wird.